

PRESSEINFORMATION



Zum Thema:

Russischer Angriffskrieg – Gegen eine noch tiefere Spaltung der Gesellschaft und das Ausgrenzen unserer Mitbürger mit russischsprachigem Migrationshintergrund

V.i.S.d.P.

Vorstand des Kreisverbandes Gießen

Uwe Schulz (Sprecher)

Arno Enners (stv. Sprecher)

Andreas Lemmer (Schatzmeister)

Postadresse

Postfach 100 123

35391 Gießen

eMail: vorstand@afd-gi.de

URL: www.afd-gi.de

Gemeinsame Erklärung

Gießen, 04.03.2022

Seit 2014 befindet sich der Osten der Ukraine im Bürgerkriegszustand, der nun in einem Angriffskrieg durch Russland seinen bislang traurigen Höhepunkt findet. Den Krieg, den Russland durch einen unbestreitbaren Bruch des Völkerrechts begonnen hat, wird wie jeder Krieg auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen. Die Bilder der fliehenden Frauen und Kinder, der in Luftschutzbunkern unterkommenden Menschen und den zerrissenen Familien lassen uns alle nicht unberührt. Es steht außer Frage, dass der Zivilbevölkerung und den Kriegsflüchtlingen, die ihr Land verlassen, geholfen werden muss.

Doch trotz der Verwerflichkeit des jetzigen russischen Einmarschs, muss man die Ursachen rational richtig einordnen und verstehen, um wenigstens ab dem aktuellen Zeitpunkt vernunftorientierte Lösungen zu finden – und zwar ausschließlich durch Diplomatie!

Die westliche Politik hat 2014 ein in Kiew gewaltsam besetztes Parlament anerkannt und sich nicht nachdrücklich darum bemüht, den schwelenden Konflikt mit Russland nachhaltig zu lösen. Vielmehr waren die stetigen Versprechen, die Ukraine in die NATO und in die EU aufzunehmen, verhängnisvolle Fehler, die die Ukraine in eine gefährliche Zerreißprobe und nunmehr wohl aussichtslose Konfrontation mit der Atommacht Russland gebracht hat.

Seit rund zwanzig Jahren ist eine Ost-Erweiterung der NATO zu beobachten. Uns allen ist bewusst, dass die Ukraine als souveränes Land ihre Außenpolitik frei und selbst bestimmen kann. Dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine jedoch für Russland eine rote Linie darstellt, die Russland nicht hinnimmt, lag mindestens innerhalb der letzten 8 Jahre offen auf dem Verhandlungstisch. Und trotz des Krieges und dem damit verbundenen Leid gießt die EU-Ratsvorsitzende Ursula von der Leyen weiter Öl ins Feuer, indem sie die Ukraine in einem Eilverfahren in die EU aufnehmen will und dies mitten im Kriegsgeschehen öffentlich propagiert.

Die Rolle Deutschlands hätte sich nicht zuletzt auch aufgrund unserer Geschichte in einer neutralen Vermittlerrolle zeigen müssen. Stattdessen sind seit dem 24. Februar 2022 Tabubrüche deutscher Politik zu erkennen, die es in der Geschichte unserer Bundesrepublik seit Ende des Zweiten Weltkrieges noch nie gegeben hat: Die Regierungskoalition ermöglichte nach finanziellen Zuwendungen in Millionenhöhe nun auch Waffenlieferungen an ein Land, das sich in einem Krieg befindet.

Die Regierungskoalition sendet nicht zuletzt mit diesen Waffenlieferungen und den ausgeführten Sanktionen gefährliche Zeichen aus, die eine Diplomatie, für die Deutschland einmal bekannt und weltweit geschätzt war, jetzt unmöglich machen. Die Regierungskoalition und die sie unterstützenden Parteien reihen sich mit der Abkehr von der Diplomatie bewusst ein in die Linie

PRESSEINFORMATION



der transatlantischen Hardliner, die im längst überwundenen Denken eines Kalten Krieges verharren.

Die ausgeführten Sanktionen fügen letzten Endes den EU-Bürgern mehr Schaden zu als denen, an die sie eigentlich adressiert sind. Sanktionen werden auch den Krieg in der Ukraine nicht beenden, genauso wenig wie Resolutionen in irgendwelchen Parlamenten oder das Anstrahlen von Gebäuden und Denkmälern in den ukrainischen Nationalfarben. Dies ist letztlich nicht viel mehr als eine Alibi- und Symbolpolitik.

Der Krieg, der auf unserem Kontinent und nicht weit von der deutschen Grenze tobt, muss für die hier betriebene linksideologische Politik als unmissverständlicher Rückruf in die harte Welt der Realpolitik verstanden werden. Mit Gendern und Geschlechtervielfalt, der Zerstörung der Wehrfähigkeit, mit Quoten statt Eignung und Befähigung, einer aktionistisch geführten Energiewende und einer ungehinderten Einwanderung in unsere Sozialsysteme kann man kein Land in eine Zukunft führen, die mehr Bedrohungen beinhaltet, als es sich so manch ein wohlstandsverwahrloster SUV-Gegner vorstellen kann.

Wir alle sind aufgefordert, uns gegen die bereits durch die Corona-Politik verursachte und sich weiter vertiefenden Spaltung unserer Gesellschaft zu stellen. Eine jetzt vermehrt aufkommende Tatsache ist, dass unsere Nachbarn, Mitbürger und Freunde mit russischsprachigem Migrationshintergrund bzw. Spätaussiedler mit deutschen Wurzeln angefeindet und ausgegrenzt werden. Und das gerade von denen, die sonst die Monstranz von Vielfalt und Toleranz vor sich hertragen - deutsche Doppelmoral am Rande des Unerträglichen.

Wir sagen unmissverständlich:

Wir stehen zu den Menschen auf beiden Seiten, verurteilen die Aggressionen und Gewalt aufs Schärfste und stellen uns klar zu den in Deutschland lebenden Menschen mit russischsprachigem Migrationshintergrund und lehnen jede Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Miteinander in Deutschland ab!

gez. Uwe Schulz

(Mitglied des Bundestages, Direktkandidat Wahlkreis 173, Sprecher AfD Kreisverband Gießen)

gez. Arno Enners

(Mitglied des Landtages, stv. Sprecher AfD Kreisverband Gießen)

gez. Sandra Weegels

(AfD-Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament Gießen, Sprecherin AfD Stadtverband Gießen)

gez. Jörn Bauer

(Mitglied des Kreistages Gießen, Sprecher AfD Ortsverband Nordkreis Gießen)

PRESSEINFORMATION



Ansprechpartner für Presseanfragen in dieser Angelegenheit

*Vorstand des AfD-Kreisverbandes Gießen
Vertreten durch Uwe Schulz, Arno Enners, Andreas Lemmer
Postfach 10 01 23
35391 Gießen
eMail: vorstand@afd-gi.de*